

Mehr Tempo 30 ist das Ziel

Straßenverkehr: Lauda-Königshofen will Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in weiteren Wohngebieten beantragen

Der Verkehr soll fließen – aber mancherorts auch gerne etwas langsamer. Maßnahmen zur Beruhigung des Verkehrs, etwa in Wohngebieten, wurden bereits ergriffen. Nun könnten weitere Tempo-30-Zonen folgen.

Von Diana Seufert

Lauda-Königshofen. Gerade in Wohngebieten ist es ein Ärgernis für Anwohner, wenn Autofahrer einfach durchrauschen. Kinder könnten gefahrloser mal auf der Straße spielen und auch Radfahrer hätten mehr Sicherheit.

Der Einwohnerantrag „Mehr Tempo 30 für Lauda-Königshofen“ will aber nicht nur die Verkehrssicherheit in den Blick nehmen, sondern auch Luft-, Lärm- und Klimaschutz. Beantragt wurde vor der Sommerpause vom Klimaarbeitskreis Lauda-Königshofen deshalb, überall dort die zulässige Höchstgeschwindigkeit innerorts von 50 auf 30 Stundenkilometer zu reduzieren, wo es möglich ist.

Antrag ist zulässig

Nachdem der Gemeinderat formal den Antrag der Bürger als zulässig geprüft hatte, wurde bei der Sitzung im Rathaussaal inhaltlich diskutiert. Denn der Antrag dürfe sich nur auf gemeindliche Straßen beziehen, nicht aber auf überörtliche Straßen wie Kreis-, Landes- und Bundesstraßen.



SOLCHE VERKEHRSBERUHIGTEN BEREICHE WIE HIER IN LAUDA SOLL ES NACH DEM WILLEN DER ANTRAGSTELLER DES EINWOHNERANTRAGS „MEHR TEMPO 30 FÜR LAUDA-KÖNIGSHOFEN“ IN ALLEN WOHNGEBIETEN GEBEN. BILD: DIANA SEUFERT

Andreas Buchmann, Chef des Ordnungsamts bei der Stadtverwaltung, machte eingangs der Beratung deutlich, dass die Stadt eine Tempo-30-Zone nicht einfach frei wählen kann. Um von Tempo 50 abzuweichen, bräuchte es eine Rechtsgrundlage. Und: „Die Stadt Lauda-Königshofen ist keine Verkehrsbehörde, sondern dem Landratsamt unterstellt.“ Das wiederum, so Bürgermeister Dr. Lukas Braun ergänzend, habe sich an die Straßenverkehrsordnung zu halten. So einfach eine Geschwindigkeitsreduzierung einzuführen, sei nicht machbar, erläuterte er.

Die Voraussetzungen sind klar: Bei Tempo 30-Zonen in Wohngebieten steht der Kommune ein Antragsrecht zu. Bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen kann die Gemeinde nur Stellung nehmen. Auf diesen klassifizierten Straßen sind Temporeduzierungen möglich, wenn eine Gefahrenlage aufgrund der örtlichen Verhältnisse vorliegt – etwa vor Kindergärten.

„Die Stadt bemüht sich um eine Verbesserung, gerade im Sinne der Fußgänger und Radfahrer“, bestätigte auch Bürgermeister Braun. „Wir tun, was wir können.“ Maßgebend sei aber, wie auch beim Installieren von Zebrastreifen, die Entscheidung der Straßenverkehrsbehörde, machte Braun deutlich, dass der Kommune die Hände gebunden sind.

„Es gibt einzelne Straßenzüge, bei denen man noch nachsteuern kann“, erklärte Buchmann dem Gremium. Damit sollten sich aber die Ortschaftsräte vor Ort beschäftigen und an die Verwaltung weitergeben, wo diese Zonen aus ihrer Sicht sinnvoll sind.

Der Einwohnerantrag beziehe sich aber auch auf klassifizierte Straßen. Da sehe die Verkehrsbehörde bis auf die Bereiche des Lärmaktionsplans keine Möglichkeit einzuschreiten.

Kurzfristige Lösung gewünscht

Für Tempo 30 an der Schule und am Kindergarten in Gerlachsheim plädierte Andreas Schöffner (FBL). Er wünschte sich eine zeitnahe Beantragung und Umsetzung. Diese kurzfristige Lösung will der Bürgermeister prüfen lassen.

„Das Möglichste machen, für das wir zuständig sind“, empfahl Dr. Ronald Fricke (SPD/FB). Eine Übersicht, wie viele Straßen von der Reduzierung betroffen sein könnten, wünschte sich Marco Hess, Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Eine freiwillige Lärmaktionsplanung ist grundsätzlich auf allen Straßen im Gemeindegebiet möglich. Doch die vorgeschriebene Lärmgrenze von 70 Dezibel werde in den meisten Stadtteilen durch den Verkehr nicht erreicht, unterstrich Tobias Blessing.

„Es wäre toll, wenn in Wohngebieten endlich Tempo 30 einziehen könnte. Das betrifft in Lauda-Königshofen hauptsächlich die Ortschaften Deubach, Gerlachsheim und Oberlauda“, erklärte Stefan Heidrich als Sprecher der Antragssteller des Einwohnerantrags. Er verwies auf den Verkehrsclub Deutschland (VCD). Der sieht es als möglich an, die einzelnen Gefahrenstellen, an denen 300 Meter die Geschwindigkeit reduziert werden kann, zu bündeln. Somit könnte zwischen der Caritas-Werkstatt am Ottenberg und dem Schulzentrum eine längere Strecke als Tempo 30 ausgewiesen werden. Auch am Bahnhof und Busbahnhof ist für ihn eine Verbesserung sollte, so der Antragsteller, in einem zu überarbeitenden Lärmaktionsplan niedrigere Grenzwerte als die gesetzlichen 70 dB beschlossen werden.

Einstimmig wurde schließlich die nächste Stufe der Lärmaktionsplanung in Angriff genommen. Bei acht Gegenstimmen und drei Enthaltungen – vornehmlich aus CDU-Reihen – beschloss man, die bisherigen Bemühungen um verkehrsberuhigende Maßnahmen fortzuführen. Weitere Tempo-30-Zonen sollen beantragt werden, in Stadtteilen mit Ortschaftsrat durch dieses Gremium. In Gerlachsheim und Oberlauda soll damit gewartet werden, bis nach der Wahl 2024 ein Ortschaftsrat installiert ist. Das wurde mit neun Enthaltungen angenommen.
